

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 20.— Mk., vierteljährlich 60.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 5.— Mk., von auswärts 7.— Mk. Arbeitmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 15.— Mk., von auswärts 20.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 139

Freitag, den 16. Juni 1922

13. Jahrgang

## Die Haager Eröffnungsrede.

Aus Anlaß der Eröffnung der Haager Konferenz begrüßte der Minister des Aeußeren von Carnebeeck die Teilnehmer im Namen der niederländischen Regierung mit einer Ansprache, in der er das Ziel der Konferenz in Erinnerung brachte. Die niederländische Regierung habe den Vorschlag angenommen, die in Genua nicht zur Entscheidung gelangten Probleme vorzubereiten. Sie sei der Meinung, daß es sehr vorteilhaft sein könne, aufs neue zu versuchen, das Problem des Wiederaufbaues Rußlands und des Wiederaufbaues des Friedens auf einer gemeinsamen Grundlage zu lösen. v. Carnebeeck wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus dem tiefgehenden Unterschied in den Prinzipien und Methoden Sowjetrußlands und denen der Verwaltungen der übrigen Staaten ergeben und darauf, daß das in Rußland herrschende System den wirtschaftlichen Wiederaufbau dieses Landes zu hindern scheint. Nach der bedeutungsvollen Konferenz in Genua sei eine neue Periode eingetreten, in der es daran ankommen, die grundlegenden Tatsachen zu sehen, und den Versuch zu machen, sie zu studieren und zu gliedern. Der Weg zur ruhigen Ueberlegung sei eröffnet. Die Versammlung wählte darauf v. Carnebeeck einstimmig zum Vorsitzenden der Vorkonferenz.

## Tschitscherins Konferenz-Erwartungen.

Ueber die Haager Konferenz äußerte sich Tschitscherin zu dem Berliner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ u. a.: Die Haager Konferenz müsse die russische Frage gründlich und ohne Haß untersuchen und man müsse sich bemühen, zu einem für beide Teile vorteilhaften Uebereinkommen zu gelangen. Es sei daher unvereinbar mit dem Erfolge dieser neuen Friedensbemühungen, wenn von Rußland die Zurückziehung des Memorandums verlangt werde, das seine Grundzüge enthalte. Kein ernster Mann könne gegenwärtig an die Möglichkeit eines Sturzes der russischen Regierung glauben. Wer den Frieden mit Rußland zum Scheitern bringt, füge den Interessen der Massen bei allen Völkern den größten Schaden zu. Das russische Volk werde seine Politik und sein soziales System nicht aufgeben. Es hoffe jedoch unter vollständiger Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit mit den anderen Völkern bei dem Werke des Wiederaufbaues mitzuhelfen.

## Auch die kleine Anleihe aufgeschoben.

Wie die Dena zu der gestrigen Meldung einer kleinen Anleihe weiter berichtet, habe die französische Regierung durch ihren Gesandten bei der amerikanischen Regierung angefragt, unter welchen Bedingungen die deutschen Guthaben in Amerika als Garantie für eine solche Anleihe freigegeben werden könnten. Die amerikanische Regierung habe sich in ihrer mündlich erteilten Antwort darauf beschränkt, zu erwidern, daß zurzeit gemäß dem Gutachten des Anleihekomitees die internationale Anleihe in irgendeiner Form keine Aussicht auf Verwirklichung habe. Die amerikanische Regierung werde ihrerseits in ständiger Fühlung mit den alliierten Regierungen bleiben, um den richtigen Zeitpunkt für die Begebung einer internationalen Anleihe für Deutschland nicht zu versäumen. Der „Tempo“ dementiert auch bereits die Meldung, daß das Garantiekomitee Deutschland eine Anleihe in mäßiger Höhe vorschlagen werde.

## Gegendemonstration gegen alle nationalistischen Seherveranstaltungen.

Der Parteiausschuß der sozialdemokratischen Partei Berlin hat gestern einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Der Nationale Verband deutscher Offiziere und die nationalistischen Verbände ehemaliger Soldaten beabsichtigen am 28. Juni, dem Tage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, zur Bekämpfung der Behauptung der Alltagschuld Deutschlands im Reiche Demonstrationsveranstaltungen abzuhalten. Nach aller Erfahrung würden diese

Veranstaltungen zu einer wüsten Heze gegen die Republik ausgenutzt werden. Der Parteiausschuß empfiehlt daher den Partetorganisations, an allen Orten Gegendemonstrationen einzuberufen.

## Kommunistische-bürgerliche Regierungsführerei in Sachsen.

Seit einiger Zeit laufen die vereinigten bürgerlichen Parteien bekanntlich mit allen Mitteln gegen die aus Sozialdemokraten und Unabhängigen bestehende sozialistische Regierung in Sachsen Sturm. Die Lage hat sich soweit zugespitzt, daß die bürgerlichen Parteien, als ihr Antrag auf Auflösung des erst im November 1921 gewählten Landtages abgelehnt wurde, ein Volksbegehren inszenierten. Ohne jedoch das Ergebnis dieser bürgerlichen Agitation auf Herbeiführung einer Volksentscheidung abzuwarten, sind die Kommunisten jetzt dazu übergegangen, die bürgerlichen Parteien in ihrem Kampf auf Sturz der sozialistischen Regierung zu unterstützen. So haben sie jetzt in Gemeinschaft mit allen bürgerlichen Parteien den Polizeetat mit dem Regierungsentwurf über die neue Organisation der staatlichen Polizei abgelehnt. Das ist der zweite Fall, daß die Kommunisten in Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien Regierungsvorlagen ablehnen und damit die Forderung der bürgerlichen Parteien auf Rücktritt der sozialistischen Regierung unterstützen. Wie mitgeteilt wird, will die Regierung zwar noch die Abstimmung über den Gesamtetat abwarten und sich erst dann entscheiden, ob sie zurücktreten oder dem Landtag die Auflösung beschließen lassen will. Anstehend arbeiten jedoch die Kommunisten, von deren Entscheidung die sozialistische Regierung abhängig ist, entschlossen daraufhin, die Regierung zu Fall zu bringen. Dieses Vorgehen der Kommunisten ist um so gewissenloser, als es sich in Sachsen gegen eine rechte Arbeiterregierung richtet, nach deren Sturz die bürgerlichen Parteien wieder auf Oberwasser rechnen. Diese reaktionären Handlungsdienste der Kommunisten sind natürlich „kein Arbeiterverrat“.

## Wichtige Tagung der 2. Internationale.

Am 18. Juni beginnt in London eine Konferenz der 2. Internationale, der große Bedeutung beizumessen ist und an der vermutlich Vertreter sämtlicher angeschlossenen Parteien teilnehmen werden. Die Konferenz wird zwei bis drei Tage dauern. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Beratung der politischen Lage Europas, wozu aus allen angeschlossenen Ländern Berichte erstattet werden sollen. Man wird sich dann mit der allgemeinen Wirtschaftslage beschäftigen, insbesondere mit dem Stand des Arbeitsmarktes, der Störung des Handels durch die Aufrichtung neuer Grenzen, mit dem Reparationsproblem und den Beziehungen zu Rußland. Als dritter Punkt sollen Entwicklung und Ansichten der Internationale besprochen werden.

Dieser großen Konferenz geht am 17. eine Sitzung des Exekutivkomitees voraus. Dort wird über die Verhandlungen der Neunerkommission berichtet werden, und das Verhältnis der 2. Internationale zur Gewerkschaftsinternationale und zu Wien soll einer ausführlichen Beratung unterzogen werden.

Die deutsche Partei wird bei diesen Tagungen durch die Genossen Otto Wels und Dr. Adolf Braun vertreten sein, die gleichfalls das Mandat der Sozialdemokratischen Organisation des Freistaates Danzig wahrnehmen.

## Die polnische Dauerkrise.

Der aus Anlaß der Regierungskrise entbrannte Kompetenzstreit zwischen dem Staatschef und dem Sejm ist noch immer nicht beigelegt. Auf die vom Staatschef Pilsudski geforderte Interpretation des Punktes 3 der Kleinen Verfassung, welcher die aktive Rolle des Staatschefs und des Sejms bei Berufung einer neuen Regierung betrifft, soll nunmehr der Verfassungsausschuß des Sejm Antwort erteilen, auf dessen erster Sitzung zu dieser Frage sechs verschiedene Interpretationen als Anträge eingebracht wurden. Infolgedessen mußte eine Unterkommission gebildet werden, um diese Anträge mög-

lichst in Einklang zu bringen oder auf eine kleinere Zahl grundsätzlicher Anträge zu beschränken. Danach soll die Angelegenheit vor die Vollkommission zurückgehen und diese ihren Beschluß dem Sejm zur Annahme unterbreiten. Dem Wesen nach handelt es sich bei diesem Streit auf Seiten der Belvedere-Kreise darum, die bisher üblich gewesene Vermittlerfähigkeit des Sejmarschalls Trompczynski möglichst auszuschalten, während die Nationaldemokraten den bisherigen Brauch beibehalten und dadurch die Einmischung des Staatschefs als überflüssig und schädlich dastatzen möchten. Alles in allem aber gewinnt die Krise durch dieses staatsrechtliche Zwischenspiel nur noch deutlicher die Anzeichen einer chronischen Krankheit.

## Die oberschlesischen Uebergabebedingungen unterzeichnet.

In der ersten Abendstunde sind gestern in Doppel die Bedingungen betreffend die Uebergabe der Deutsch-land und Polen anerkannten Gebietsteile durch die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission von Oberschlesien, von der Interalliierten Kommission und dem Vertreter Deutschlands und Polens unterzeichnet worden. Anschließend an diese Unterzeichnung wurde die Grenze notifiziert.

Die Franzosen hatten gefordert, die politischen Gefangenen Oberschlesiens nach Frankreich zu überführen. In langwierigen Verhandlungen ist erreicht worden, daß die politischen Gefangenen in deutsche Gefängnisse im besetzten Rheinlande überführt werden. Die vor den Sondergerichten der interalliierten Kommission schwebenden Verfahren sollen vor deutschen Gerichten im besetzten Rheinlande zur Aburteilung gebracht werden. Die Uebernahme des gesamten Eisenbahnbetriebes durch den polnischen Beamtenapparat soll in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag erfolgen.

## Deutschlands ungenügende Kohlenversorgung.

Ueber die außerordentlich ungünstige Entwicklung der deutschen Kohlenversorgung macht eine Korrespondenz folgende Angaben: Nach dem jetzt vorliegenden Jahresergebnis für 1921 hat der Privatverbrauch der gesamten Industrie, Landwirtschaft, des Kleingewerbes und Hausbrandes insgesamt nur 78 Prozent des Verbrauches Deutschlands von 1918 erhalten. Wird der wirtschaftliche Nutzwert der Kohle eingeseht, so erhält der Privatverbrauch zurzeit höchstens die Hälfte des Betrages von 1918. Am Bedrohlichsten ist noch immer die Lage der Eisenbahn, die etwa nur die Hälfte der Vorräte hat wie zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die arbeitstäglige Förderung, besonders an der Ruhr, ist seit März 1922 mehr und mehr zurückgegangen, dazu besteht schwere Gefahr in Oberschlesien, wo infolge von Betriebsstörungen bei und nach der Abirung für längere Zeit mit auf die Hälfte herabgesetzten Zufuhren nach Deutschland gerechnet werden muß. In dieser Not hat der Reichskohlenkommissar die Einfuhr ausländischer Kohle in jeder Weise erleichtern müssen, mit dem Ergebnis, daß allein an englischer Kohle im Mai 720 000 Tonnen eingeführt worden sind. Die gesamte Einfuhr im Juni wird voraussichtlich sogar über eine Million Tonnen betragen.

## Neuer Schiedsspruch im Bergbau.

In den schwebenden Arbeitsfragen des Ruhrkohlenbergbaues fanden in den letzten Tagen erneut Verhandlungen zwischen dem Bergarbeiterverbande und den Bergarbeiterverbänden im Reichsarbeitsministerium statt. Im Verlaufe dieser Verhandlungen wurde zur Regelung der Lohnfrage ein Schiedsspruch gefällt, der den durch Abbruch der Anleiheverhandlungen veränderten Verhältnissen Rechnung trägt. In den Fragen des Manteltarifs konnte über eine Reihe weiterer Punkte die Verständigung zwischen den Parteien gefördert werden. Die beteiligten Verbände werden sich bis zum 20. Juni darüber schlüssig machen, ob sie den Schiedsspruch und den Manteltarif in seiner abgeänderten Form annehmen wollen und ob auf der durch die Verhandlungen geschaffenen Grundlage der Abschluß eines Ueberstundenabkommens möglich ist.

Hindenburg hat gestern Dispreußen auf dem Seewege verlassen.

## Das Justizideal der Kommunisten.

Die Verteidiger der Sozialrevolutionäre haben auf die kommunistischen Angriffe gegen ihre Tätigkeit eine Erklärung erlassen, in der sie auseinandersetzen, daß sie keineswegs das Attentat auf Berlin, das auch sie für ein Verbrechen erklären, als solches verteidigen, sondern nur die Frage klären wollen, ob die wegen des Attentats Angeklagten die wirklichen Täter sind, und daß sie nur insofern das elementare Recht, das ein jeder Angeklagte auf Verteidigung hat, ausüben wollen. Darauf erwidert die „M o t e F a h n e“:

Die ganze Argumentation der Wandervogel und der Roten sich beruht auf einer utopischen Unterstellung: daß es nämlich eine Gerechtigkeits an sich, eine Verteilung an sich, eine unparteiliche Urteil usw. gibt. Die Justiz ist aber keine um der höhern Moral der Menschheit willen geschaffene Einrichtung, sondern genau wie der Staat ein Mittel zur Lebenshaltung anderer Klassen durch die herrschende Klasse. Die bürgerliche Justiz dient, seitdem sie nicht mehr revolutionär ist, seitdem sie nicht mehr die Absele von Königen abmählt, der Niederhaltung der proletarischen Klasse, und ihre Opfer zu verteidigen, ist revolutionär. Die proletarische Justiz dient umgekehrt der Niederhaltung der Bourgeoisie und der Befestigung der proletarischen Revolution. Ihre Opfer zu verteidigen, ist daher konterrevolutionär, auch wenn man diese in einen Mantel allgemeiner menschlicher Phrasen einhüllt.

Diese Sätze enthalten eine völlige Verneinung des menschlichen Strebens nach Recht und Gerechtigkeit. Während die Arbeiterklasse bisher in dem Glauben kämpfte, daß sie berufen sei, gegenüber dem kapitalistischen Staat das höhere Ideal der Gerechtigkeit zu verwirklichen, erkennen die Kommunisten dem Proletariat eine solche Aufgabe nicht zu. Nur die Nachahmung der schlimmsten Unterdrückermanieren in womöglich gesteigerter Form ist ihr Ziel. Sie verneinen, daß eine qualitativ bessere Rechtspflege als die des kapitalistischen Staates überhaupt möglich sei. Eine seltsame Methode, die heutige Justiz und ihre Auswüchse zu bekämpfen!

Man nehme die praktischen Folgen im vorliegenden Fall: Wenn ein Attentat auf Lenin verübt wird, so darf nach der Lehre der „Roten Fahne“ jeder beliebige politische Gegner deswegen hingerichtet werden, ob er an dem Attentat beteiligt ist oder nicht. Wer verlangt, daß eine Täterschaft oder Mittäterschaft des Verurteilten nachgewiesen werde, ist ein Konterrevolutionär! Ausdrücklich wird der Justiz verboten, sich an irgendwelche Rechtsgrundsätze zu halten, sie hat allein, als Mittel der Gewalt, die Forderungen der Gewalttäter zu vollstrecken. Das ist die Verneinung jeder Rechtspflege überhaupt, denn eine solche Rechtspflege ist ein bloßer Schein. Bessere Argumente kann man den Verteidigern der heutigen Klassenjustiz kaum in die Hände spielen.

## Gegen den nationalistischen Reichswehr-Rummel

wendet sich folgender Beschluß, den der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Königsberg faßte:

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Königsberg verurteilt aufs schärfste die in dem Verhalten der Reichswehr bei der Hindenburgfeier in Königsberg liegende Verhöhnung der Republik und Provokation der republikanischen Bevölkerung. Er

## Der Skorbut in Deutschland.

Man hat bisher in Deutschland wenig von dieser Krankheit gehört. Vielen ist sie aus den Schilderungen der Nordpolarer bekannt. Auch während des Krieges hörte man von einigen Skorbutfällen. Jetzt sind der Medizinischen Gesellschaft Berlin Skorbutkranken vorgestellt worden. Ein Berliner Arzt hat festgestellt, daß seit Anfang der 60er Jahre in Berlin kein Skorbutfall zu verzeichnen gewesen ist. In kurzer Zeit sind jetzt sieben Skorbuterkrankungen festgestellt worden. Die Ursachen für das Wiederauftreten von Skorbut liegen im Mangel an frischem Gemüse. Die Pflanzen, die der Mensch zu seiner Ernährung braucht und von denen er abhängig ist, enthalten Stoffe, die die Wissenschaft Vitamine nennt. Fehlen sie in der Nahrung, dann treten schwere Krankheitszustände auf. Diese Vitamine finden sich nur in lebenden Pflanzen; es sind Stoffe, die sich der Körper aus den Pflanzen nicht selbst bereiten kann, sondern die ausschließlich von der Pflanze erzeugt werden. In Deutschland werden die reichlich vorhandenen Gemüse den Großstädten nicht zugeführt, und wenn schon, sind sie so teuer, daß sie sich kein Mensch außer Schiebern und Wucherern leisten kann. Kohlen doch ein kleiner Kohlstrahl auf dem Wochenmarkt 2 bis 2,50 Mark. Bei anderen Gemüsen ist die Preisgestaltung ähnlich. Weil die Ursachen dieser Krankheit so klar zutage liegen, sind Fälle von Skorbut, obwohl sie bei Anhalten der Ursachen tödlich verlaufen, bei richtig gestellter Diagnose in wenigen Tagen mit Sicherheit zu heilen. Es kommt eben darauf an, den Skorbutkranken sofort vitaminhaltige Nahrung zuzuführen. In den angestrichenen Fällen ergab sich eine rasche Besserung der Kranken nach dem Trinken von Kielerbitter. Der gleiche Erfolg läßt sich natürlich auch erreichen durch Darreichen des lange erprobten frischen Gemüses. Ein deutlicher Hinweis auf die Krankheitsursache ist aber der Umstand, daß die Erkrankten sämtlich Jungfrauen im Alter von 40 bis 60 Jahren waren, und daß die einzige Frau, die der Arzt als Skorbutkranken behandelte, ebenfalls ledig war. Es hat also den Anschein, daß gerade die ledigen unter der gemüsarmeren Ernährung der letzten Monate am meisten zu leiden hatten und daß ihre Nahrung am wenigsten zweckmäßig bereitet wird.

Eine neue Höhle im Harz entdeckt. In den Bergen bei Queckenberg wird eine neue Harzhöhle erschlossen. Sie be-

erweist von der Sozialdemokratischen Fraktion, daß sie

1. Aufklärung vom Reichswehrminister verlangt, wie er trotz der gefährlichen äußeren und innerpolitischen Bedingungen das republikanische Reichswehr vor dem monarchistischen Prekandidat Hindenburg schützen konnte;
2. schärfste Bestrafung der Schuldigen an dem sich aus der sinnlosen Parade ergebenden Blutvergießen in der Königsberger Schlacht;
3. Maßnahmen ergreift, um Verhöhnungen der Republik und ihrer Fahne durch die republikanischen Truppen in Zukunft zu verhindern.

Der Vorstand verurteilt ebenso wie das provokierende Verhalten der Reichswehr und Marine das Verhalten der kommunistischen Teilnehmer an der Demonstration, die in erster Linie für das Nicht-Innehalt der Vereinbarungen mit den Gewerkschaften und der Polizei und das Ueberrennen der polizeilichen Sperzketten verantwortlich sind.

Der Vorstand hält sich um so mehr zu einer solchen Stellungnahme berechtigt, als die Sozialdemokratische Partei sich in keiner Weise an der Demonstration beteiligte und bestrebt war, im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu wirken, einmal durch den Offenen Brief an Hindenburg und dann durch Nichtbeteiligung an der Gegendemonstration.

Diese Resolution ist an die Reichstagsfraktion gesandt, die sie bei Besprechung einer allgemeinen Interpellation über die „republikanische“ Reichswehr im Reichstag mit zur Sprache bringen wird.

## Abbau der preussischen Schutzpolizei.

Auf Grund der seitens der deutschen Regierung der Entente gegebenen Zusicherung, die Polizeiformationen der Länder auf den Stand von 1918 zurückzuführen, hat das Preussische Ministerium des Innern in einem Erlaß die Umwandlung der preussischen Schutzpolizei bis spätestens 1. Oktober d. J. angeordnet. Ueber die Einzelheiten der Umwandlung machen die Blätter folgende Mitteilungen: Die bisherigen Hundertschaften werden aufgelöst und zum Teil in Bereitschaften umgewandelt, zum Teil auf die Einheitsreviere verteilt. Die Durchführung der Umwandlung liegt den örtlichen Polizeibehörden ob. Die künftige Uniformierung der Polizeibeamten soll wieder blau sein, jedoch sollen die vorhandenen grünen Uniformen bis zu einem noch bekannt zu gebenden Termin aufgetragen werden. Hinsichtlich des Dienstes der Polizeibeamten untersteht der Erlaß das Abhalten von militärischen Übungen auf das strengste.

## Die Justizhomödie in Moskau.

Ueber den Fortgang des Prozesses gegen die russischen Sozialrevolutionäre liegt ein gläubiger Bericht bis jetzt noch nicht vor. Nur eine sowjetoffizielle Moskauer Meldung ist erschienen, der zufolge in der Abenddunkung des 6. Juni Timojew im Auftrag der noch heute zur Partei gehörigen Angeklagten folgende Angaben gemacht haben soll:

Die Partei hat einen bewaffneten Kampf gegen die Sowjetmacht geführt, Beziehungen mit fremden Mächten unterhalten, die gegen Sowjetrußland Krieg führten, und will auch in Zukunft auf bewaffnete Kämpfe nicht verzichten.

Was an dieser Meldung Wahrheit ist, läßt sich nicht sagen, ehe nicht von zuverlässiger Seite Nachrichten

liegt eigenartige Reize und Wunder, die keine anderen bekannten Höhlen aufweisen. So bestehen die Felsen, die die Decke und Wände der Höhlen bilden, zum Teil aus Marienglas, das bei Beleuchtung wie Diamanten und Edelsteine funkelt. Der größte Raum von etwa 45 Metern Länge gleicht einem Sternenhimmel, der sich in dem klaren See spiegelt. In einem anderen Räume lagern Felsblöcke aus buntgemasertem Marmor. Stellenweise sind Tropsteingebilde vorhanden, die sonst in den Höhlen des Südrusses nicht zu finden sind.

## Die Hohenzollern und Fichte.

Die Veröffentlichungen des ehemaligen Kronprinzen sollte man nicht hinsehen lassen, ohne wieder einmal Fichtes Werke zu lesen. Leider haben wir seit Valfalles Zeiten, der selber ein glühender Verehrer dieses großen Philosophen war, uns diesen wahrhaft deutschen Mann durch reaktionäre Felsenjünglinge vererben lassen. Die Knaben hatten wohl Fichte in Auszügen gelesen, aber den Geist des wirklichen Fichte niemals verstanden.

Nur zwei Aussprüche wollen wir zitieren, die beide ausnehmend gut zu dem Werk des Biederger Schriftstellers passen:

„So es einen eigentlichen Landesherrn gibt, da gibt es kein Volk. Wenn aber die Fürsten selbst Sklaven werden, lernen sie die Freiheit ehren.“

Die zweite Stelle gibt die Begründung, warum Fichte keine Reden an die deutsche Nation gehalten hat:

„Wenn wir daher nicht im Auge behielten, was Deutschland zu werden hat, so läge an sich nicht viel daran, ob ein französischer Marschall, wie Bernadotte, an dem wenigstens früher begeisterte Bilder vorübergegangen sind, oder ein deutscher aufgeblasener Obermann ohne Sitten und mit Rohheit und frechem Uebermut, über einen Teil von Deutschland geböte.“

Beide Stellen sind aus Fichtes Fragmenten und werden auch von Valfalle in seinem bekannten Briefe an Rudolph Waldes, der von dem politischen Vermächtnis Fichtes spricht, behauptet.

Deutsche Republikaner, laßt euch Fichte als den Vorkämpfer einer einheitslichen deutschen Republik nicht durch reaktionäre Schlagwörter entzweien, B. A.

hat und eingezogen sind, d. h. von einer Seite, der nicht jede Sache als Mittel zu ihren Zwecken heilig erscheint. Das Moskauer Gericht ist durchaus Partei, in ihm einen sich Zeilager und Richter gewissermaßen zu einer Person, genau wie bei der Klassenjustiz. Wenn zutrifft, was subintelligente russische Genossen schreiben, so ist in Moskau das Kobekurteil über die Führer der Sozialrevolutionäre eigentlich schon gefällt, und das Gericht hat nur die Aufgabe, einen Vorwand für den Abschluß zu liefern, den ihn mit einem Schein des Rechts umgibt. Aus solcher Einstellung heraus sind alle die sowjetoffiziellen Anklagen über den Gang des Prozesses und die „Beständnisse“ der Angeklagten zu werden.

## Wie man Landgerichtsdirektor wird!

• Einen verblüffenden Blick hinter die Kulissen des heutigen Justizbetriebes in Deutschland, namentlich in die von oben betriebene Personalpolitik, gibt im „D. Z.“ ein ungenannter Mitarbeiter, in dessen Person wohl ein demokratischer höherer Justizbeamter nicht mit Unrecht vermutet ist. Er zeigt, wie die berühmten Qualifikationsberichte entstehen:

Von einem stark stotternden Richter, der zum Oberlandesgerichtsrat befördert werden soll, meldet der Bericht seines Vorgesetzten, daß sein Sprachfehler sich gehessert habe. Der Richter ist deutsch national.

Ein anderer Richter dagegen, der nicht ganz gerade gewachsen ist, wird für den Posten eines Landgerichtsdirektors als „zu unansehnlich“ bezeichnet. Dieser Richter ist nämlich Demokrat.

Ein anderer Richter dagegen wird zum Landgerichtsdirektor befördert, obwohl er nie als einer Zivil- oder Strafkammer vorgelesen hat und nur ein einziger Mal den Vorsitz im Schwurgericht hatte, wobei er sich so große Formfehler leistete, daß das Urteil vom Reichsgericht aufgehoben werden mußte. Als Landgerichtsdirektor hat er dann in zwei großen Schieberprozessen so verlagert, daß die gesamte Presse seines Bezirkes ihrer Entrüstung Ausdruck gab. Aber dieser Herr ist deutsch national.

Dagegen: Ein anderer Richter, der sich nach den bisherigen Verichten als Vorsitzender von Zivil- und Strafkammern „bewährt“ hat, wird vom Landesgerichtspräsidenten für die Leitung des Schwurgerichts als ungeeignet bezeichnet. Er hatte sich vormem nämlich über den Landesgerichtspräsidenten beschwert und war Demokrat.

Ein Ausschichtrichter beim Amtsgericht verlangt, von seinen im Range gleichgestellten Kollegen zu einer gegreht zu werden. Ein Demokrat, der sich dessen weigert, wird von dem Landgerichtspräsidenten zitiert und erhält einen Qualifikationsbericht, daß sich seine Fähigkeiten und Leistungen gemindert hätten. Der Bericht trägt das Datum der Aussprache beim Landgerichtspräsidenten!

Diese Fälle sind typisch für die Heranzüchtung und Zusammenhaltung eines reaktionären Richterstaates. In diesem System ist die krasse Einseitigkeit unserer heutigen Rechtsprechung begründet.

Ein Opfer der schwarzen Besatzungstruppen. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft fand die Sektion der Leiche der Frieda Gudek statt, die am Sonntag in der Nähe von Jßtein von zwei Marokkanern ermordet worden ist. Es wurde festgestellt, daß der Tod durch Erdrösten eingetreten ist, nachdem die Ermordete vorher vergewaltigt worden war. Der Bevölkerung bemächtigte sich in der ganzen Gegend eine ungeheure Erregung über die Mordtat.

Das Wikingereschiff von Oseberg. Der eigentümliche Wikingerbrauch, Tote in einem Schiff zu begraben, das in die Erde gesenkt und mit einem Grabhügel überdeckt wurde, hat uns einige Wikingerschiffe gerettet, die in Norwegen ausgegraben wurden. Zu den berühmtesten Funden von Sarpsborg und Gokstad ist der Fund eines dritten Schiffes getreten, der auf Oseberg im Amisbegirt Jarlsberg gemacht wurde. Ueber dieses Schiff, das sorgsam restauriert und in der Sammlung der Universität von Christiania ausgestellt wurde, und über das bisher bei uns wenig bekannt geworden ist, macht Dr. Jens Svenson in der „Mischau“ eingehende Mitteilungen. Da das Schiff in blauer Tonerde lag und der Grabhügel aus Torf aufgebaut war, wurden alle Altertümer als Holz und anderen vergänglichen Stoffen gut erhalten, doch war das Schiff selbst infolge von Erdbewegungen stark beschädigt. Ueber dem mittleren Teil des Schiffes befand sich eine Grabkammer, die leider im Altertum ausgeplündert worden war und in der nur noch Teile von zwei weiblichen Skeletten gefunden wurden. Es war also augenscheinlich eine vornehme Frau in dem Schiff begraben worden, der eine Dienerin hatte in den Tod folgen müssen. Unter den Totengeschenken, die beigegeben waren, befanden sich Web- und Spinngeräte, Garnnäule und Wachs. Außerdem barg man einen vierwädrigen Wagen, der über und über mit wundervollen Schnitzereien verziert war, vier Schlitzen, mehrere Bettstellen, Küchengerät, Waschkübel, eichene Truhen, zum Teil mit Inhalt, ferner Stoffreste, Federn und Tannenzweige, Bettdecken und Kopfpolster, eine runde Stange mit eingeschnittenen Runen, einen gut erhaltenen Anker und anderes Schiffsinventar, sowie eine Menge Gerippe von Pferden, Ochsen und Hunden, die bei der Verdringung erschlagen worden waren. Das ganz aus Eichenholz hergestellte Schiff hat eine größte Länge von 21½ Meter und größte Breite von etwas über 5 Meter; es war ein Fahrzeugschiff mit 15 Rudern. Seiner ganzen Ausrüstung nach muß es ein Prunkschiff gewesen sein, das nur zu Fahrten innerhalb des Fjords und in geschlossenen Fahrwässern diente. Auf Grund der Ornamente und anderer Umstände kann man annehmen, daß es aus der Zeit um 800 n. Chr. stammt. Nach dem Schiff selbst ist das Interessanteste des Oseberg-Fundes der vierwädrige Wagen, dessen wunderbare Tierornamente zum Schönen gehört, was aus jener Zeit selten ist.

## Danziger Nachrichten.

### Günstiger Stand des Bauarbeiterstreiks.

In einer am gestrigen Tage stattgefundenen Streikversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes gab Gen. Dr. III einen Bericht über die augenblickliche Lage des Streiks im Baugewerbe. Er schilderte, daß am 9. Juni im Hochbaugewerbe geschlossen die Arbeit eingestellt wurde und daß auch die Arbeiter aus Pommerellen, auf die die Unternehmer so große Hoffnungen gesetzt hatten, bereits am Freitag und Sonnabend Danzig verlassen haben. Einige Unternehmer haben zwar versucht, sie dadurch zurückzuhalten, indem sie erklärten, die Invalidentarifen verlegt oder nicht in Ordnung zu haben, in einem Falle sollen die Karten sogar verlorengegangen sein. Aber alles dieses half nicht, denn die Solidität der Kollegen aus Pommerellen war stärker. Die deutsche Danziger Paktelle versuchte den nach Deutschland abreisenden Danziger Kollegen in der Erteilung des deutschen Visums Schwierigkeiten zu machen. Aber auch diese Schwierigkeiten sind behoben. Nachfragen nach Bauarbeitern liegen heute bereits vor aus Estlin, Adlin, Königsberg, Marienburg, Breslau, Wunglau, Heynau und den Beuna-Werken. Die Streikenden sollen Vorbereitungen treffen, um am Montag abzureisen. Außerdem laufen tagtäglich weitere Nachfragen ein, so daß, wenn die Streikenden wollen, die Danziger Maurer in wenigen Tagen in Deutschland untergebracht sind.

Bei der Ablehnung des Schiedspruches sind den Unternehmern des Baugewerbes Versprechungen gemacht worden, daß die Großindustriellen aussperrten würden, das hat sich nur als Bluff herausgestellt. Die Danziger Werkst. sei dazu gar nicht in der Lage, denn sie stehe kurz vor der englisch-amerikanisch-jewelowskischen Aktiengesellschaftsbildung und will der jetzige Direktor Ros weiter Direktor bleiben, dann müsse er dieser neuen Gesellschaft den Betrieb schon in einem günstigen Stand übergeben, und nicht stillgelegt. Mit den anderen Betrieben steht es nicht viel besser. Ja, noch nicht einmal die Scharmacher im Baugewerbe bringen es zur Ausperrung. Bestreiten wir nur das Hochbaugewerbe, so kümmern sich doch die Unternehmer des Tiefbaugewerbes

nicht um den Streik. Selbst die Firma Holzmann, deren Vertreter Winter im Arbeitgeberverband für das Baugewerbe der Haupttreiber gegen den Schiedspruch war, hat die bei ihr beschäftigten Bauarbeiter nicht ausgesperrt. Im Gegenteil hält die Firma und alle anderen den Betrieb im vollen Umfange aufrecht und vergrößern ihn noch, indem sie Streikende einstellen. Hier zeigt sich, daß das (Vorkapital) es schon verstanden hat, die kleinen Bauunternehmer, die an und für sich schon schwer mit ihrem Durchkommen zu kämpfen haben, einzunwickeln, um sie tot zu machen. Wie die Industrie zur Ausperrung steht, geht auch aus einem Schreiben des Verbandes der Metallindustriellen hervor, das von dem dortigen Syndikus Volgt unterzeichnet und an den Deutschen Verband gerichtet ist. In diesem teilt der Syndikus mit, daß kein Ausperrungsamt vorhanden ist. So schreibt niemand, der aussperrn will. Im übrigen sollen sich die Unternehmer gesagt sein lassen, daß es ihnen nicht möglich ist, den Bauarbeiterverband zugrunde zu richten, denn haben die Bauarbeiter in der schiefsten Konjunktur in den Jahren 1920 und 1921 den Kampf gewonnen, dann werden sie auch bei dieser guten Konjunktur den Kampf gewinnen. Der Verbandsvorstand habe außerdem die Schwere des Kampfes eingesehen und mit dem Staat eine Ausnahme gemacht, indem für Danzig die doppelte Streikunterstützung gezahlt wird. Unter günstigeren Verhältnissen sei niemals eine Bewegung geführt worden. Würde die Großindustrie tatsächlich den Mut aufbringen auszusperren, dann könnte sie sich nicht gegen die Maurer richten, weil diese in Deutschland dann in Arbeit ständen und von dem angeblichen Druck nichts hören und fühlen würden.

In der Aussprache kam der starke Kampfesmut der Streikenden zum Ausdruck. Die Ausführungen Dr. III wurden von allen Rednern bekräftigt, und in voller Einmütigkeit gingen die Versammelten auseinander.

Die Straßenbahnlinie Venzgasse—Fischmarkt ist wieder stillgelegt worden, weil sie mit starker Unterbilanz arbeitete. Schon in der Vorkriegszeit war die Linie Venzgasse—Fischmarkt eine Zuschußlinie. Mit Rücksicht darauf, wurde bei der Wiederinbetriebsetzung dieser Station die Fahrpreise der Vorkriegszeit stärker erhöht, um den Zuschuß für diese Linie, die lediglich der Bequemlichkeit diene,

anzubringen. Schon bei dem hohen Fahrpreis von 1,40 Mk. waren die Wagen der Fischmarktlinie selten gut besetzt, so daß der Vorschlag, den Betrieb wieder einzustellen, in der Stadtverordnetenversammlung auf keinen ernstlichen Widerstand stieß. Durch die letzte 20prozentige Fahrpreiserhöhung trat eine starke Abwanderung ein, die sich auch auf den anderen Linien bemerkbar machte. Ein Teil der Bevölkerung bewußt den Vorortverkehr, andere gehen zu Fuß. Der Einnahmefall der Straßenbahn wird deshalb besonders empfindlich sein, weil die Haupteinnahmen die Fahrgebühren zu 1,40 Mk. brachten. Die Abwanderung von der Straßenbahn beträgt gering veranschlagt wenigstens 25—30 Prozent.

### Danzigs wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten.

Der Freistaat Danzig umfaßt ein Gebiet von 1888 qkm mit rund 337 000 Einwohnern. Nach den bisherigen Ergebnissen können wir uns im Freistaat nicht selbständig mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen ernähren. Die Möglichkeit dieser Ernährung wird aber behauptet, wenn wir zu einer besseren Bodenausnutzung und mehr gartenmäßiger Kultur übergehen. Einen Beleg dafür bietet die Gartenbaukultur in Odra-Niederfeld. Die Bodengüte des Freistaats ist zum größten Teil allerersten Ranges. Für die Ausfuhr kann von Bedeutung werden die Zucht von Rassevieh und Rassepferden, sowie die Herstellung und Ausfuhr von Gemüsekonserven. Die sonstigen Bodenschätze sind nicht bedeutend. Auf die Braunkohlen ist wenig Hoffnung zu setzen. Dagegen können uns die Wasserkraft der Madaine und auch der Weichsel Elektrizität liefern und dadurch eine erhebliche wirtschaftliche Wirkung ausüben. Leider ist der Senat trotz des Beschlusses des Volkstages an die Ruhbarmachung dieser Wasserkraft noch nicht herangegangen. Die Phosphorite sind stark mit Eisen durchsetzt. Von Bedeutung sind der Kalkstein, der in einer Mächtigkeit von 10 Meter vorkommt, und der Wiesental mit Ton, aus dem Zement hergestellt werden kann. Wenn wir Zement haben, dann können wir auch Bausteine herstellen, da es an Kies- und Sandlagern nicht fehlt. Die Ziegeleien haben ausreichend Behm. Baumaterial kann also im Freistaat reichlich beschafft werden.

Besonders

# billiges

# Angebot



**Damen - Halbschuhe**  
dunkelbraun und rotbraun echt Chevreau,  
mit Lederfutter, in eleganter Ausführung,  
mit la Kernlederböden

nur **398,-**

**Herren - Stiefel**  
braun Rindbox, in gefälliger Form, äußerst  
haltbare Verarbeitung, mit sehr kräftigen  
Kernlederböden

nur **590,-**

**Herren - Halbschuhe**  
dunkelbraun, moderne spitz Form, hoher  
Absatz, verdeckte Oesen, sehr hübsche eleg.  
Ausführung, äußerst haltbare Kernlederböden

nur **690,-**

# SO WEISER

## Fräulein

Ein Danziger Heimatroman  
von Paul Enderling.

(Copyright 1920 by J. G. Cotta'sche Buchhandlg. Nachf. Stuttgart.)

Annemarie erhob sich. „Und warum sagen Sie mir das alles?“  
„Damit Sie es ihm wieder sagen. Er soll von Ihnen nicht schlecht denken.“  
„Nur darum?“

„Ja.“ Nun kam auch Thea auf. „Ich möchte, daß Sie gut von mir denken, jetzt, wo Sie ja fortgehen von hier. Darum möchte ich die Wahrheit sagen. Das ist ja das Einzige, wodurch ich alles wieder etwas gutmachen kann.“  
Wieder schwiegen beide. Nach einer Weile fragte Annemarie: „Weiß Herr Hennig von dem allem?“

„Nein. Bis jetzt nicht.“  
„Aber jetzt wollen Sie es ihm sagen?“  
Thea seufzte die Augen. „Ich werde es wohl müssen.“  
Annemarie nahm ihre Hand. „Finden Sie das nicht selb?“

Thea nickte als Zeichen der Zustimmung. Sie konnte plötzlich nicht weiter sprechen. Sie fühlte sich so müde, wie damals auf dem Bahnhof, als sie fortgewollt.  
Annemarie nahm sie sanft in den Arm. „Ich verstehe Sie so gut und wünsche Ihnen so viel Glück. Aber ohne Wahrheit gibt es das nicht, Thea.“

Thea schwieg. Zwei Tränen saßen in ihren Augen.  
„Noch eine Bitte“, sagte Annemarie. „Wir wollen uns nicht nennen, ja?“

„Ja, Annemarie.“  
„Meinen Namen kennst du also doch?“  
Thea schlug beide Arme um Annemarie und küßte sie. Annemarie spürte, wie Theas Tränen auf sie glitten, und sie wünschte sie mit ihrem Kussentusch ab.

Thea lachte. „Ich glaube wahrhaftig, ich habe geflennet. Ich bin doch ein verdrehtes Sündchen, nicht wahr?“

Als Hennig nachmittags kam, ließ ihn Thea in ihr Zimmer bitten.

Er war noch nie darin gewesen. Er war glücklich, daß er das heute durfte. „Siehe Thea, ein größeres Geschenk konnte ich dir nicht geben.“

Sie lächelte milde. „Seh dich, bitte. Ich muß etwas mit dir sprechen.“

„So streng?“ Aber als er sie ansah, erstarrte ihm der Scherz. Sie sah ernst aus, so fremd und eigentlich auch überlegen. Ihn überströmte eine kalte Welle der Angst.

Stets hatte er den Abstand zwischen sich und ihr gespürt. Nie war sie ihm trotz gelegentlicher Zärtlichkeiten so nahe gekommen, wie eine Braut dem Bräutigam kommen sollte oder wie er sich das doch ausgemalt hatte. Aber er war ja am Ende nur ein unbeholfener, ungewandter, schlichter Mensch, unbewandert in den Gemohnheiten ihrer Welt. So hatte er gewartet und gehofft, von einem Tag zum anderen, immer von dem dunkeln Gefühl überschattet, daß das alles eines Tages ein Ende haben werde. Seit Oberlehrer Sanders tot war, hatte er auch die letzte Möglichkeit verloren, sich zu einem Menschen über sie auszusprechen. Nein, gemächlich war seine Verlobungszeit nicht gewesen.

Und nun sah sie da drüben, ohne ihm die Hand zu geben, und blickte drein, als ob sie ihn zum ersten Male sähe. Oder als ob sie ihm den Abschied geben wollte. Hennig war unruhig und aufgeregter. Wenn sie nur sprechen wollte! Dieses Schweigen war unerträglich. Mit jeder Minute Schweigens schien sie weiter von ihm fort zu gleiten.

Er sprang auf. „Sprich doch, Thea. Nur ein Wort!“ Und er griff nach ihrer Hand.

Sie zog beide Hände auf den Rücken.  
„Was soll das, Thea?“  
„Sie sah ihn fragend an, verwundert, wie einen Fremden, und zwieg immer noch.“

„Du wolltest mir doch etwas sagen, Thea, so sag es doch. Spann mich doch nicht auf die Folter.“ Und er zerblätterte das Nestkästchen, das er noch immer hielt, in seinen Händen.

Thea blickte nachdenklich auf diese beiden Hände und die mattgrünen Blüten, die zur Erde fielen.

„Du siehst doch, daß ich leide“, fuhr er fort.  
„Weißt du?“ sagte sie endlich und sah ihn wieder mit jenem seltsam prüfenden Ausdruck an, der ihn immer mehr beunruhigte.

„Ja, ich leide“, sagte er erregt. Er schrieb es fast. „Das mußt du doch wissen. Du weißt doch, daß ich dich liebe!“

„Das weiß ich“, sagte sie langsam, unnatürlich ruhig. „Aber ob du mich noch lieben wirst, wenn ich dir alles gesagt habe, — das ist eben die Frage.“

„Thea!“  
„Ja, das ist eben die Frage“, wiederholte sie in demselben müden Tonfall.

„Ich schwöre dir, daß ich dich immer lieben werde.“  
„Ja, aber ob du mich dann noch zur Frau haben willst?“

Sie sprach immer ganz langsam, als müsse sie sich mühsam überlegen, was sie zu sagen habe und ob sie es überhaupt sagen sollte.

Er trat dicht vor sie. „Liebst du einen anderen?“ fragte er heiser.

„Wie kommst du darauf?“  
„Ich weiß, daß etwas zwischen uns steht, die ganze Zeit — die ganze Zeit. Aber ich wollte nicht in dich dringen. Ich dachte, das würde nun, wo wir Brautleute sind, wieder verschwinden.“

„Seh dich wieder hin. Nein, dorthin. An den Tisch. Dann will ich alles sagen.“

Hennig setzte sich gehorsam an den angewiesenen Platz. Die ganze Stunde lag zwischen ihnen. „Nun“, sagte er, ungeduldig mit dem Fuß auf den Boden klopfend,  
(Fortsetzung folgt.)

Die hiesige Polizei hat ein gutes Beispiel im Freiland...

Die hiesige Polizei hat ein gutes Beispiel im Freiland...

Die hiesige Polizei hat ein gutes Beispiel im Freiland...

Die hiesige Polizei hat ein gutes Beispiel im Freiland...

Der Hotel-Wettbewerb für Joppor. Wie von der Direktion...

Verkehrswanderer Kassenbote. Seit Sonnabend vor...

Unerlaubte Beschäftigung an Feiertagen. Zwei Mädchen...

Stadenau (Dr. Berber.) Vermisst wird seit dem 4. Juni...

Schwalbe. Der zum Gemeindevorsteher gewählte...

Aus dem Osten.

Warschau. Zahlreiche Diebstähle aller Art, besonders...

Rönigsberg. Ein von Rönigsberg abgegangener Dampfer...

Polen. Die im Reichswehrministerium...

Volkswirtschaftliches.

Joll-Bündnis in der Automobilindustrie. Während des...

Die Sozialisierung der Bergwerke in Italien. Eine...

Ein merkwürdiger Unfall ereignete sich in Metzgers. Ein...

Juwelen für eine halbe Million Mark gestohlen. In der...

Zwei Kinder durch Kohlenoxydgas vergiftet. Die beiden...

Die Tragik des Alters. Ein 79 Jahre alter Invalide...

Die goldene Freiheit. Aus der Strafanstalt Sandver...

Halbtot geschlagen wurde bei Bernburg ein soeben...

Ein schrecklicher Selbstmord wurde von einem unbekannt...

20 Millionen Mark Strafe für Schieber. Die Strafkammer...

Der frühere Küstenpanzer „Aegir“, dessen Station früher...

Veranstaltungs-Anzeiger

- Frauenkommission der SPD. Freitag, den 18. Juni, abends 6 Uhr... Sozialdemokratische Partei. Am Sonntag, den 18. Juni...

# Danziger Nachrichten.

## Zum Wohnungsabgabengesetz

dessen 8. Besetzung auf der heutigen Volksstagsitzung steht, sind verschiedene Anträge eingegangen. Die kommunistische Fraktion beantragt: § 6 Abs. 2 erhält folgende Fassung: Die Abgabe wird ferner nicht erhoben von nutzungsberechtigten natürlichen Personen, deren jährliches Einkommen 80000 Mark nicht übersteigt, sofern sie nicht mehr als zwei Wohnräume benutzen.

An der Verteilung der Baukostenzuschüsse wurde bei der letzten Beratung der Vorlage von der Linken lebhafteste Kritik geübt. Es wurde festgestellt, daß für Villenbauten Millionenzuschüsse gegeben werden. Die Fraktion der Deutschen Partei beantragt nunmehr:

Die Abgabe darf nur für Wohnungs- und Siedlungsbauten unter folgenden Bedingungen vermenhet werden: Die Bauten müssen nach staatlich genehmigten Plänen ausgeführt werden; die Kosten der Bauausführung einschl. der Baukosten unterliegen der staatlichen Festsetzung und Genehmigung. Die Bauten müssen dauernd im Eigentum öffentlicher oder gemeinnütziger Stellen verbleiben, oder es müssen Sicherungen getroffen sein, daß aus der Vermietung, der Verpachtung oder der Veräußerung kein übermäßiger Gewinn erzielt wird. Die herzustellenden Wohnungen dürfen nicht mehr als 5 Zimmer haben und die Wohnfläche darf 150 Quadratmeter nicht überschreiten.

## Die Lohnbewegung der Hafnarbeiter beendet.

Bekanntlich hatten die Hafen- und Kalarbeiter von Danzig-Neufahrwasser ihren Lohnsatz dem Schiffdarbeiterverein v. V. gekündigt und neue Forderungen unterbreitet. Insbesondere wurde eine weitere Ausgestaltung des Tarifvertrages verlangt, weil bei der Befreyung der Gänge in letzter Zeit größere Differenzen entstanden.

Die Verhandlungen gestalteten sich außerordentlich schwierig und dauerten länger als fünf Stunden. Es wurde folgende Verständigung erzielt: Der Tagelohn wird von 220 Mk. auf 200 Mk. erhöht. Für die Verarbeitung von Koks, Gra, Kalk, Soda, Isoser Schwefel, Phosphorit, Thomasmehl, Kalkstickstoff, Pech, Teer, Thomaschlacke, Superphosphat und nasse Zelle wird ein Zuschlag von 18 Mk. pro Mann zu obigem Tagelohn gezahlt. Die ersten beiden Ueberstunden werden mit 85 Mk., die weiteren Ueberstunden mit 75 Mk., Sonn- und Feiertagsarbeit mit 81 Mk. pro Ueberstunde bezahlt. Aufrüstgeld ist für jeden Gang von und zu der Arbeitsstelle 6 Mk. zu vergüten. Das Stiefelgeld beim Verladen aus dem Wasser beträgt 30 Mk. pro Tag. Ueber weitere Zuschläge für besondere schwere Arbeit wurde ebenfalls eine Verständigung erzielt, ebenso über die Befreyung der Gänge.

Das neue Tarifverhältnis tritt mit dem 10. Juni in Kraft.

Eine Stadtverordnetenversammlung findet am Dienstag, den 20. Juni, nachm. 4 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Festsetzung der Zuschläge für 1922. 2. Entlastung von Jahresrechnungen: a) des Jugendamtes für 1920, b) des Kraftverkehrsamtes für 1920, c) der Gruppe „Bekleidungskonten“ der wirtschaftlichen Konten nach dem Stande vom 10. 4. 21. 8. Anfrage von Stadtverordneten betreffend das Schützenbrüderschafts-Grundstück.

Ein japanischer Konsul in Danzig. Im Einvernehmen mit der Regierung der Freien Stadt Danzig hat der polnische Staatschef dem japanischen Konsul Nabujuki Kamet das Exequatur erteilt.

Die Versicherung der Hausgewerbetreibenden betrifft ein Gesetzentwurf, den der Senat dem Volkstag hat zugehen lassen. Die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Versicherung der Hausgewerbetreibenden waren durch ein Notgesetz vom 4. 4. 1914 außer Kraft gesetzt. Der Entwurf stellt für die Krankenversicherung die Regelung durch Ortskrankenkassen vor. Daneben soll die Durchführung durch die Zahlung einer Ortskrankenkassenkasse geklärt sein. Wo auf einem dieser Wege die Durchführung der hausgewerblichen Krankenversicherung in der

vorgezeichneten Weise nicht gesichert ist, soll die Versicherung durch die Verwaltung der Ortskrankenkassen mit einer eigenen Regelung einzugreifen. Neben der Krankenversicherung behandelt der Entwurf die Invalidität und Altersversicherung der Hausgewerbetreibenden. Diese soll zwar wie bisher der Landesversicherungsanstalt überlassen bleiben, jedoch soll der Landesversicherungsanstalt der Erlaß der näheren Bestimmungen über die Erhebung der Beiträge vorbehalten bleiben, um auch hier dem Gedanken der örtlichen Regelung Folge zu geben.

## Die Vereidigung der öffentlichen Beamten.

Der Senat hat dem Volkstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, dessen einziger Paragraph lautet:

Alle öffentlichen Beamten haben auf die Verfassung der Freien Stadt Danzig folgenden Eid zu leisten: Ich schwöre Treue der Verfassung der Freien Stadt Danzig, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten. So wahr mir Gott helfe! Die religiöse Eidesformel kann fortgelassen werden, wenn sie der religiösen Ueberzeugung des Beamten widerspricht.

Im der Begründung des Gesetzentwurfes heißt es: Der Zweck dieser Eidesleistung ist in der Regel nicht die Herbeiführung einer rechtlichen, sondern einer ethischen Verpflichtung der Beamten sie sollen dadurch in ihrem Gewissen verbunden werden, ihre dienstlichen Obliegenheiten im Sinne der bestehenden Gesetze und der Sitten getreulich zu erfüllen. Im neuen Deutschen Reich ist die Eidesleistung durch Artikel 176 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 angeordnet und durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. August 1919 näher geregelt. Die Danziger Verfassung enthält dagegen in Artikel 28 nur eine Bestimmung über die Vereidigung der Senatoren, nicht dagegen über die Eidesleistung der übrigen Beamten; die Vereidigung auch dieser Beamten muß daher durch ein besonderes Gesetz angeordnet werden.

## Der Schlepper „Weichsel“ wieder gehoben.

In der Nacht von Donnerstag zu Freitag wurde nach stundenlangem Arbeit, der gesunkene Schlepper „Weichsel“ durch den großen Schwimmantrieb der Danziger Werft wieder gehoben. Die „Weichsel“ wurde zunächst bis an die Wasserkante gehoben, worauf Pumpen des Krans und eines Pumpendampfers das Wasser auspumpten. Dabei zeigte sich jedoch, daß der Schlepper ein Loch hatte. An der Steuerbordseite wurde dann auch ein Loch festgestellt. Die Leiche des verunglückten Maschinisten Somn wurde im Maschinenraum gefunden. Der Schwimmantrieb brachte den Schlepper nach der Danziger Werft, wo er sofort eingehakt werden soll. Die Untersuchung des Schiffes hatte wichtige Ergebnisse für die heute vor dem Senat stattfindende Verhandlung des Unglücksfalles.

Amiliche Butternotierung. Die Butternotierungskommission notierte für die Woche vom 7. bis 13. Juni d. J. für Butter 1. Qualität 55 Mark, 11. Qualität 51 Mark.

Kirschenwunder. Das ist einer der gesündesten Nahrungsmittel, aber es wird für die Minderbemittelten leider immer unerschwinglicher, es zu kaufen. Jetzt werden auch in Danzig die ersten Kirschen angeboten, und lenken die begehrlichen Blicke der Kinder auf sich. Leider vergeblich, denn das Pfund Kirschen kostet 50 Mk. Der Preis für die ersten Kirschen war zwar immer hoch, um dann beim Einsetzen der eigentlichen Ernte, schnell zu fallen. Doch in diesem Jahre ist mit unerschwinglichen Preisen zu rechnen. Nicht nur weil Händler und Pächter von einer skandalösen Raffgier befallen sind, sondern auch, weil bei der Verpachtung der Obstgärten eine geradezu wahnsinnige Preiskontrolle stattfindet. Jeder beteiligten sich auch Kommunen an diesem Treiben. Es ist keine Seltenheit, daß der Pächterlös aus den Kirschen allein der fünfte Teil des Vorjahres ist. Da auch schon im Vorjahre die Kirschen sehr teuer waren, kann man sich ein Bild machen, wie die Kirschenpreise sich in diesem Jahre gestalten werden. Profitarier werden die Kirschen nur in den Schaufenstern bewundern können. Die meisten der kleinen Jungen und Mädchen werden in diesem Jahre wohl keine Kirschen essen.

## Symphoniekonzert der Freien Volkshöhne.

Dem Programm der „Freien Volkshöhne“ entsprechend, die den weniger Bemittelten gute Kunst zu kleinen Preisen vermitteln will, fand gestern im großen Saale des Schützenhauses das erste Orchesterkonzert statt, das trotz der vorgezeichneten Jahreszeit und des herrlichen Sommerwetters einen sehr erfreulichen Besuch auswies. Diese Konzerte sollen eine ständige Einrichtung werden, und außerdem soll das große Publikum im Verlaufe der nächsten Winter zu den Tondichtungen unserer Meister geführt werden.

Eine unvorhergesehene Dummheit zwang die Volksbühnenleitung, das Konzert bis zum Vorfrühling hinauszuschieben, und nur die Bereitwilligkeit des Orchesters der Schutzpolizei ermöglicht das Zustandekommen des Konzertes. Unter Leitung von Rudolf Schildbach wurde nach Beethovens „Coriolan“-Ouvertüre die unvollendete Symphonie von Schubert (H-Moll) gespielt, und im zweiten Teil Beethovens II. Symphonie (D-Dur Opus 36).

\*) Das Orchester des Stadttheaters hatte die Mitwirkung verweigert, weil der Musikreferent unserer Zeitung, der Vorstandsmittglied der „Freien Volkshöhne“ ist, die Leistungen des Orchesters im Stadttheater mehrfach zu beanstandeten Gelegenheit gefunden hatte. Diese unverständige Stellungnahme der Theaterkapelle zu beurteilen überlassen danach wir getrost unseren Lesern. Die Ned.

Reina Bachhaus vom Stadttheater war die zweite Ueberraschung des Abends. Daß sie mit ihrer weichen und lebendigen Stimme die Arie der Susanne aus „Sigaros Hochzeit“ und der Agathe aus dem „Freischütz“ schön und eindringlich zu singen vermag, hat sie schon auf unserer Opernbühne gezeigt, die sie künstlerisch ständig wachsen sah. Nach der gestrigen Probe im Konzertsaal aber scheint dieser Platz künstlich für sie der geeignete. Noch ist ihre Stimme technisch nicht frei und in den oberen und unteren Registern zu wenig ausgeglichen. Aber neben ihrem rein stimmlichen Netz, der von festlicher Eigenart ist, hat sie vor allem jenen unbedingt treffsicherer Instinkt, der sie niemals zu Effekten verleitet. Die liebhaft-schlichte Art, wie sie gestern diese beiden Arien sang, schlug sofort eine Brücke zum Hörer. Mehr als einmal erinnerte sie mich an Maria Zwoglin, mit der sie nicht nur die Farbe der Stimme gemeinsam hat, sondern auch die stille, so überaus einnehmende Natürlichkeit, zu singen. Sie hat somit nur noch die kürzere Strecke zum „Nied“ zurückzuliegen; Ueberwindung der Technik. Dann wird hier — bestimmt! — eine Liedersängerin, von der wir hören werden.

Das polnische Eisenbahnverwaltungen in Danzig. Ein besonderer Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung hat die Steueranträge des Senats unter Einwirkung von Interessenten beraten. Der Ausschuss hat sich mit der Erhöhung der Steuerklasse in der 1. Klasse einverstanden erklärt, in der 2. und 3. Klasse sind die Steuerhöhe um je 100 Mk. erhöht worden. — Die Erhöhung der Grundwertsteuer wurde jedoch abgelehnt, weil eine Mieterhöhung nicht gesichert wurde. Nach bürokratischen Protestmeldungen steht jedoch zu erwarten, daß der Senat in dieser Besetzung in der am Dienstag nachmittag stattfindenden Stadtverordnetenversammlung eine ausreichende Erklärung abgibt.

Die polnische Eisenbahnverwaltung soll beschließen, auf den Danziger Vorortstrassen die vierte Wagenklasse einzuführen zu lassen. In einer kleinen Anfrage wird der Senat gefragt, was er zu tun gedenkt, um die sich daraus ergebende wirtschaftliche Schädigung der Danziger Bevölkerung hinanzuhalten? Wir können kaum glauben, daß die polnische Eisenbahnverwaltung eine derartige Maßnahme beschließen wird.

Verpachtung von Fahren. Der Senat veröffentlicht im heutigen Anzeigenteil eine Bekanntmachung über die Verpachtung der Fährre zwischen dem Holm und der Straße Holzraum und der Fährre zwischen dem Holm und dem Droschkeischen Weg.

Eine Glanzleistung der Behörden. Im Lehrerinnen-Feterabendhaus Oliva, einer „milden Stiftung“, hofften alle, alleinstehende Lehrerinnen einen einigermaßen angenehmen Lebensabend zu finden. Der Staat hätte die Pflicht gehabt, ausreichende Fürsorge zu bieten; das alte Reich hat die Pflicht versäumt, und dem jungen Freistaat fehlt vielleicht weniger der gute Wille; aber er hat die erforderlichen Mittel nicht bereit. Von Freunden der Stiftung wurde eine Sammelkiste aufgelegt; das Ergebnis war erfreulich; Beiträge bis 4000 Mark gingen ein. Durch Rettungsnotizen erfuhr davon das Senatsamt und verlangte von jedem Beitrag über 500 Mark 10 Prozent als Schenkungssteuer. Die Vertretung der Stiftung wendete sich an den Senat und bat um Erlass dieser Steuer. Es erging jedoch ein abschlägiger Bescheid, worauf der Volkstag von den Lehrerinnen um Hilfe anrufen wurde. Der Senatsausschuss stellt sich auf den Standpunkt, die private Willkürlichkeit, die Pflichten des Staates übernimmt und erfüllt, steuerfrei zu lassen. Demgemäß wurde vorgeschlagen, die Eingabe dem Senat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Diebstahlschreie. Am hellen Nachmittag, drangen Diebe in eine Wohnung des Hauses Fleischerstraße 30, deren Inhaber abwesend war. Die große Menge der gestohlenen Sachen läßt darauf schließen, daß mehrere Personen am Werke gewesen sind. Die Diebe öffneten die nur mit einem einfachen Schloß versehene Thür und stahlen dann die gesamte Garderobe und sämtliche Hüte, sowie Pelz- und Schmuckstücke. Es scheint, als wenn die Clubrecher auch der Wohnung die eine Treppe höher liegt, einen Besuch abstatten wollten, dabei jedoch gestört worden sind. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen eingeleitet.

Wer kann Auskunft geben? Die seit Anfang Mai d. J. bei der Witwenbesitzerin Amanda Hayn in Hagenberg in Stellung gewesene Witwe Josefina Dremba, geboren am 16. 3. 1895 zu Culm, verließ am 11. d. Mts. gegen 4 Uhr nachmittags die Stellung, um angeblich nach Emmaus zum Besuch ihrer Verwandten zu gehen. Sie ist bis heute nicht wieder zurückgekehrt; es wird vermutet, daß ihr ein Unglück angetan ist. Die Vermittler ist klein, blond, mittelstark, trägt dunkeln Rock, weiße, blau gestreifte Bluse, schwarze Schürze, hohe schwarze Schnürschuhe. Um zweckdienliche Mitteilung bitte Polizeipräsidium, Abteilung 1 c, Zimmer 75.

Polizeibericht vom 16. Juni 1922. Festgenommen: 19 Personen, darunter 7 wegen Diebstahls, 2 wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung, 1 wegen versuchter Notzucht, 7 in Polizeihaft; obdachlos 2 Personen. — Gefundene: 1 Lederreit mit Schlüssel, Eisenbahnfahrkarte für Jse Memesfahr, 1 kl. Schm. Damenhandtasche mit Geld, Münzen, Taschentuch, Medaillon und Parfümfläschchen, 1 Mägenabzeichen vom Deutschen Flottenverein, 1 gelbb. Brieftasche mit Papieren für Postbeamten Paul Kollak, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums; 1 rotseidener Damengürtel, abzuholen von Schilkerin Gerda Biehm, Kohnenmarkt 24; 1 Büchse mit Marmelade, abzuholen von der 4. Hundertschaft der Schutzpolizei; 1 Ganz, abzuholen von Herrn Baitinat, Hauptstraße 58; 1 Schm. Senne mit rotem Band am Fuß, abzuholen von Frä. Johanna Dieker, Köfchegasse 1, pt. — Verloren: 1 Brieftasche mit Geld und Papieren für Emil Niedeke, 1 Mägenhandtasche mit Taschentuch, gez. H. S., abzugeben im Fundbureau des Polizeipräsidiums.

## Standesamt vom 16. Juni 1922.

Todesfälle: Witwe Anna Henriette Knorrbein geb. Engel, 101 J. 10 M. — Frau Elise Müdiger geb. Knoblauch, 49 J. 8 M. — Witwe Martha Pohlmann geb. Wagn, 68 J. 5 M. — Lehrerin Mathilde Tigor, 71 J. 6 M.

## Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: 7,30 am Vortage 7,24  
Amer. Dollar: 315 „ „ 311  
Englisches Pfund: 1410 „ „ 1400

# BORG



## Wasserstandsrichtlinien am 16. Juni 1922.

Zowischost	14. 6. 15. 6.	Anzebrack	+ 0,38	+ 0,39
Warschau	14. 6. 15. 6.	Montauespige	- 0,14	- 0,14
Plock	12. 6. 13. 6.	Piechel	- 0,41	- 0,41
Thorn	15. 6. 16. 6.	Dirschau	- 0,28	- 0,28
Fordon	+ 0,20	Einlage	+ 2,20	+ 2,18
Culm	- 0,00	Schwienhorst	+ 2,42	+ 2,46
Braudenz	+ 0,00	Hogatz		
		Schnau D. P.	+ 6,50	+ 6,49
		Galgenberg D. P.	+ 4,44	+ 4,48
		Neuhorsterbusch	+ 2,24	+ 2,00
		Alwachs		

Verantwortlich für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für Inserate Bruno Ewert in Oliva. — Druck von J. Best u. Co., Danzig.

